



Solidarität statt Spaltung

Unsere Kritik am „Bedingungslosen Grundeinkommen“



Revolutionär Sozialistischer Bund/IV. Internationale

Titel:	Solidarität statt Spaltung – Unsere Kritik am „Bedingungslosen Grundeinkommen“
Herausgeber:	Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB), Sektion der IV. Internationale in Deutschland, August 2008
V.i.S.d.P	Peter H. Kreitz
Text:	Delegiertenkonferenz des RSB (Dezember 2007), mit einem Vorwort von Oskar Kuhn
Layout:	Tom Bogen
Bestellungen:	Über das zentrale RSB-Büro in Mannheim Je Exemplar 2 Euro, ermäßigt 1 Euro
Überweisungen:	RSB, Konto: 544 904 901, Volksbank Hameln, BLZ: 254 621 60 Verwendungszweck: „BGE-Broschüre“
Kontakt zum RSB:	Bundesbüro des RSB/IV.Internationale Postfach 102610 68026 Mannheim Web: www.rsb4.de E-Mail: buero@rsb4.de

Vorwort

Bedingungsloses Grundeinkommen! – Im vierten Jahr nach Hartz IV erscheint diese Forderung vielen betroffenen Menschen als Erlösungsbotschaft. Der philanthropische Drogeriepapst und Multimilliardär Götz Werner hat in den vergangenen Jahren Tausenden von Menschen diese Botschaft gepredigt.

Nur all zu viele glauben an die Durchsetzungsfähigkeit dieser Verheißungen. Ein Leben zwischen Bedürftigkeitsprüfung und bespitzelter „Bedarfsgemeinschaft“, sinnlosen Maßnahmen und 1-€-Jobs, enttäuschten Kinderaugen, entnervten PartnerInnen sowie ignoranten und überforderten Verfolgungsmanagern macht diese Parolen attraktiv.

Andere bürgerliche Propheten wie Thüringens Ministerpräsident Althaus legten nach. Auf den folgenden Seiten versuchen wir deren Motive bloßzulegen. Unbeschadet der Unterschiede der Konzepte eines Götz Werner, Dieter Althaus oder Thomas Straubhaar fallen die Gemeinsamkeiten der Finanzierungsvorschläge ins Auge. Entweder wird eine Finanzierung über die Mehrwertsteuer oder über die Kopfpauschale aus dem Hut gezaubert. Das ist alter Wein aus neuen Schläuchen. Hier wird die neoliberale Denkrichtung der bürgerlichen BGE-Verfechter deutlich: Vergesellschaftung der Kosten zulasten der Lohnabhängigen und damit gleichzeitig eine weitere Entlastung für die herrschende Klasse.

Auch aus Erwerbsloseninitiativen und linken Kreisen gab und gibt es einen positiven Widerhall und eigene Vorschläge werden formuliert. Die Motive für die Forderungen nach einem BGE aus diesen Reihen sind anders gelagert als die bürgerlichen. Gleichwohl enthalten diese Konzepte eine grundlegende Schwäche: Sie verbreiten die gefährliche Illusion, dass in einer auf Ausbeutung gründenden Gesellschaftsordnung ein stabiles Sicherheitsnetz im Einvernehmen mit den ProfiteurInnen der Ausbeutung eingezogen werden könnte.

Wir vom Revolutionär Sozialistischen Bund / IV. Internationale halten das Bedingungslose Grundeinkommen für einen Trugschluß und möchten diese Position auf den folgenden Seiten untermauern. Unser Hauptaugenmerk liegt dabei allerdings auf der Frage, was können wir stattdessen gegen Erwerbslosigkeit, Sozialabbau, Verarmung und Ausgrenzung tun?



Schröders Agenda 2010 wird heute ungeschmälert von der Großen Koalition weitergeführt. Sie war und ist das bedeutendste Sozialabbauprogramm in der Geschichte der BRD. Vor allem mit der Arbeitsmarktreform Hartz IV hat sich die Lebenssituation von Hunderttausenden auf einen Schlag dramatisch verschlechtert. Insgesamt leben heute 13,9% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze (Stand Juli 2007). Gemäß der EU-Berechnungsmethode liegt sie

heute bei 730 € im Westen und 605 € im Osten. Es sind dies in zunehmendem Maß:

- viele RentnerInnen, weil jetzt Menschen in den Ruhestand treten, die zum Teil lange Jahre erwerbslos waren. Vor allem aber die verschiedenen Rentenreformen der letzten Jahre¹ bewirken, dass das Rentenniveau in den kommenden Jahren drastisch sinken wird. Schon ohne die letzte Rentenreform



werden. Selbst dann, wenn sie die dafür erforderlichen bürokratischen Hürden nehmen und ergänzendes ALG II bekommen, ist damit meist kein Einkommen zu erzielen, das eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht;

- viele junge Menschen, die trotz Volljährigkeit kein eigenständiges Leben führen können, weil ihnen das Recht auf eine eigene Wohnung verwehrt wird. Nach der EU-Berechnungsmethode leben heute 15 % der Kinder bis 14 Jahre und 19,1 % der Jugendlichen bis 24 Jahre unterhalb der Armutsgrenze;
- Millionen Kinder. Jedes 6. Kind unter 15 Jahren lebt auf Hartz IV-Niveau. Hier ist die Dunkelziffer nicht eingerechnet. In NRW schätzt man die Zahl auf 25 %, in Hamburg Bremen und Berlin auf 30 %. Hartz IV-Niveau für Kinder bedeutet für unter 14 Jährige einen Regelsatz von 208 € im Monat (= 60 % des Eckregelsatzes) und für Kinder im Alter von 15 bis 18 Jahren 278 Euro (80 % des Eckregelsatzes). Das bedeutet für die tägliche Ernährung 3,79 €. Aus dem schmalen Katalog, der ihnen monatlich zugebilligt wird: 14,73 € für Klamotten; 3,76 € für Sport und Freizeit und Null Euro für Schulsachen!

hätte die heutige Durchschnittsrente von 950 € nach 40 Versicherungsjahren im Jahr 2029 nur noch 750 € betragen. Mit der Rente mit 67 sind es dann nur noch 700 €. 2005 betrug das Nettoerwerbseinkommen 51,5 %, 2030 werden es nur noch 43 % sein;

- die meisten Erwerbslosen, die noch das ALG I empfangen;²
- vor allem die nicht Erwerbsfähigen und diejenigen, die nur das ALG II empfangen. Diese sind längst nicht alle „Langzeiterwerbslose“;
- Menschen, die im so genannten Niedriglohnsektor mit Hungerlöhnen abgespeist

Zu der insgesamt dramatisch verschärften materiellen Lage speziell für die Erwerbslosen, an denen der berühmte Aufschwung fast ausnahmslos vorbeigeht, kommen andere Momente hinzu, die ihr Leben voller Demütigungen macht. Dazu gehören:

- **die nochmals verschärften Zumutbarkeitsregelungen;**

¹ Riesterreform von 2001 und vor allem die Rente mit 67.

² Das durchschnittliche ALG I-Niveau liegt bei 898 € für Männer und 624 € für Frauen.

- der wegfallende Berufsschutz
- das Ausforschen ihrer familiären Lebenssituation;
- die Durchleuchtung der Bankkonten und das Heranziehen der Ersparnisse
- die entwürdigenden Behandlungen durch die Verfolgungsmanager-/ „FallmanagerInnen“.
- das Heranziehen zu Lohndrückertätigkeiten (1-€-Jobs), die zunehmend alle Kennzeichen klassischer Zwangsarbeit annehmen, usw.

Wo bleibt der Widerstand?

Die Gewerkschaften sind heute meilenweit von einer konsequenten Politik im Interesse der Lohnabhängigen entfernt. Sie sind zwar noch von den Regelungen ihrer Basis abhängig, aber ihre Führungen haben über weite Strecken das neoliberale Denken übernommen und können sich eine erfolgreiche Gegenwehr nicht mehr vorstellen. Die Gewerkschaftsbürokratie verteidigt zu allererst ihre unmittelbaren Apparinteressen und reagiert nur sehr widerwillig auf kämpferische Bestrebungen von unten.

Doch auch viele Mitglieder sind passiv und vor allem schlecht organisiert. Zurzeit ist es nicht absehbar, dass sie sich die Gewerkschaften wieder aneignen, indem sie für demokratische Strukturen sorgen, darüber eine andere Politik durchsetzen und so ihre Interessen konsequent verfolgen.

Gleichzeitig erleben die direkt Betroffenen – aber auch die indirekt Betroffenen in den Betrieben – dass sich heute keine politische oder soziale Kraft mit ausreichendem Gewicht für ihre Belange einsetzt, Menschen mobilisiert und Perspektiven für einen erfolgreichen Abwehrkampf weist. Die Partei *Die Linke* sieht den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in dem Rennen um Parlamentsmandate, um... möglichst bald auf allen Ebenen in die Regierung zu gelangen. Wozu ihre Orientierung auf das Mitregieren und Mitverwalten der bestehenden Ordnung und

der neoliberalen Verhältnisse führt, haben die Betroffenen und nicht zuletzt die KollegInnen im Öffentlichen Dienst in Mecklenburg-Vorpommern – und schlimmer noch in Berlin – erlebt und erleben es weiterhin bei der Senkung der Einkommen, über die Freigabe der Ladenöffnungszeiten bis hin zu Stellenstreichungen. *Die Linke* ist ganz offensichtlich keine Organisation, deren oberste Maxime die Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen ist.

Wie die Forderung nach einem „Bedingungslosen Grundeinkommen“ aufkam

Da auch die Bewegung gegen Hartz IV auf ein Minimum zurückgegangen ist, verwundert es nicht, wenn vor allem die von Hartz IV Betroffenen nach Wegen suchen, die ihnen mindestens die entwürdigende Behandlung durch Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften – den speziellen Kooperationsstrukturen von Arbeitsagenturen und Kommunen – erspart und gleichzeitig ein einigermaßen solides materielles Auskommen sichert.

Aus den Reihen der Erwerbslosenstrukturen wird seit einigen Jahren verstärkt die Forderung nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) erhoben. Diese Losung stößt ganz spontan bei vielen Erwerbslosen – auch bei Menschen, die sehr wenig politisch interessiert sind – auf große Sympathie. Die durch Hartz IV verschärfte Ausgrenzung aus der Gesellschaft und die damit einhergehende Bespitzelung und Bevormundung durch ARGEN und Jobcenter speisen diese Sympathien. Dies ist in unsren Augen Ausdruck einer politisch verfahrenen Situation. Es wird nicht dadurch besser, dass die entschiedensten Verfechter des BGE auf der Linken mit der Einführung eines BGE die Perspektive der Überwindung der Lohnarbeit verbinden. Wir halten diese Losung für eine absolute Sackgasse; ja einen gefährlichen Irrweg. Um so mehr, als in-



Viel zu selten auf der Straße – fast nie im Betrieb: Protest gegen die massenhafte Verarmung.

zwischen Teile des bürgerlichen Lagers ähnliche bzw. ähnlich klingende Konzepte vertreten. Die linken VerfechterInnen des BGE können damit für die Propagierung eines verschärften Sozialabbauprogramms instrumentalisiert werden. Dabei ist es unerheblich, ob Linke ideologisch andere Ziele vertreten, denn bei der Erklärung politischer Konzepte haben bekanntlich Linke nicht die Deutungsmehrheit, schon gar nicht, wenn die Massenmedien sich einschalten.

Andererseits wollen wir die politische Zielsetzung der linken VerfechterInnen des BGE nicht mit denen eines Götz Werner oder der Konrad-Adenauer-Stiftung gleichsetzen. Wir erkennen sehr wohl ihre emanzipatorische Zielsetzung an. Wir wollen aber in der sozialen Bewegung für einen gänzlich anderen, einen klassenkämpferischen Weg werben, weil wir uns nur so einen Ausweg aus der gegenwärtig verfahrenen Situation und eine längerfristig Erfolg versprechende Perspektive vorstellen können.

Unsere Argumentation gegen das BGE deckt sich über weite Strecken mit den Ausführungen von Rainer Roth³, auch wenn wir seine Darstellung einer engen Verwandtschaft der linken BGE-Konzepte mit den bürgerlichen BGE-Konzepten nicht in jedem Fall glücklich finden. Seine Ausführungen in der Sache selbst finden wir allemal absolut korrekt und wollen deswegen hier nicht im Detail auf alle Einzelheiten der Darstellung des BGE und der Kritik am BGE eingehen. Rainer Roth hat seit der Veröffentlichung seiner Broschüre im Jahr 2006 auf zahlreichen Veranstaltungen für seine Sicht geworben. Viele seiner entsprechenden Referate sind auch im Netz abrufbar und ein Großteil der Kontroverse ist im Labournet.de dokumentiert⁴.

³ Rainer Roth: Zur Kritik des Bedingungslosen Grundeinkommens, ISBN 3-932246-52-7 (3 €).

⁴ Infos von Rainer Roth zu diesem Thema unter: www.klartext-info.de.

Was uns allerdings in seiner Broschüre und seinen Referaten zu kurz kommt ist die Erläuterung der politischen Alternative. Diese vertritt er durchaus, legt sie aber – oft wohl mangels Zeit auf solchen Veranstaltungen – in der Regel meist nicht groß aus. Eine solche Alternative muss unserer Ansicht nach Teil eines klassenkämpferischen Programms sein, das wir – bezogen auf die Problematik Erwerbslosigkeit – hiermit zur Diskussion stellen.

Zum besseren Verständnis müssen wir aber vorher kurz auf die wichtigsten Modelle eines BGE eingehen.

Die Idee des BGE

„Das BGE soll ein steuerfinanziertes Basiseinkommen für alle sein, in Existenz und Teilhabe sichernder Höhe und ohne sozialadmi-

nistrative Bedürftigkeitsprüfung von Einkommen und Vermögen bzw. ohne Arbeitszwang oder Tätigkeitsverpflichtung. Es kann aber soviel hinzu verdient werden, wie es jeder einzelne für erstrebenswert hält und soweit dies am Markt aushandelbar ist.

Je nach Modell des Grundeinkommens wird eine Zahlung in Höhe des Sozialhilfesatzes bzw. des Arbeitslosengeldes II bis hin zu 1 500 € vorgeschlagen. Einige Modelle sehen einen schrittweisen Ersatz der (versicherungsbasierten und steuerfinanzierten) Sozialleistungen durch das BGE vor.

Das Grundeinkommen unterscheidet sich damit von einer Grundsicherung, die nur gezahlt wird, wenn kein anderes ausreichendes Einkommen vorhanden ist und die mit einer Bedürftigkeitsprüfung und in der Regel mit Arbeitsverpflichtung bzw. dem Nachweis der Arbeitsbereitschaft verbunden ist.“ (Wikipedia)



Aus dem Nichts: Wer erarbeitet das Geld, dass mit dem BGE verteilt werden soll?

Die Modelle der Linken

Erste Vorläufer des Konzepts reichen bis in die 80er Jahre zurück. Seit Ende der 90er Jahre wird es verstärkt propagiert und operiert aktuell mit folgendem Zahlenwerk: Gefordert wird meist ein bedingungsloses Grundeinkommen (= ohne Bedürftigkeitsprüfung) von 850 Euro für alle Personen + Warmmiete. Es wird nicht unterschieden nach Alter, sozialer Lage usw.

Finanziert werden soll dies durch eine Abgabe, die alle bezahlen sollen, die mehr als den Durchschnitt verdienen. 50 % des Durchschnitts wären zu behalten und 50 % wären anrechnungsfrei. Der Lohnzuschuss würde demnach heute bei 4600 Euro brutto auslaufen, etwa 2400 Euro netto. Das bedeutet: ab dieser Höhe müssten allein stehende LohnarbeiterInnen mehr zahlen als sie empfangen. (Es gibt aber auch andere Detailkonzepte).

Da jeder Mensch, ob KapitalistIn, KleinbürgerIn oder Erwerbslose, ob jung oder alt, das gleiche Grundeinkommen erhalten sollen („ohne Bedürftigkeitsprüfung“), würde das Konzept des *Runden Tisches der Erwerbslosen* bei einer mehrköpfigen Familie zu einer gewaltigen Einkommenssteigerung führen und zwar weit jenseits des Mindestlohns von 10 € bzw. 12 € in der Stunde, und ganz unabhängig davon, ob jemand aus dieser Familie überhaupt arbeitet. Denn 850 Euro netto x (beispielsweise) 4 Personen + Warmmiete ist schon ordentlich Geld: 3400 Euro netto + Warmmiete; das ist nebenbei gesagt eine Erhöhung des Kindergeldes von aktuell 154 Euro auf 850 Euro.

Niemandem wird es unter solchen Bedingungen einfallen, arbeiten gehen zu wollen. Zur Erinnerung: Heute beträgt das durchschnittliche Einkommen von ArbeiterInnen 2229 Euro brutto! (Zahlen lt. Statistischem Bundesamt für 2006).

Die Umverteilung soll der Staat vornehmen. Er müsste allerdings zunächst feststellen, welche

Gesamteinkommen jede Person hat. Der Staat soll bei allen abkassieren, bei den KapitalistInnen wie bei den im kapitalistischen Betrieb Beschäftigten. Übrigens wird mensch dann nicht mehr von Lohnabhängigen sprechen können, denn sie sind ja dann gerade nicht mehr vom Lohn abhängig. Die linken VerfechterInnen des BGE begreifen diese Losung und – falls umgesetzt – dieses Modell als einen Schritt zur Überwindung der... „Arbeitsgesellschaft“. Sie polemisieren gegen alle, die „die Arbeit hoch halten“, und propagieren den individuellen Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft bzw. aus der „Lohnarbeit“.

Zur Finanzierung des Modells legen sie eine Rechnung zugrunde, die ein freiwilliges Mitziehen des Kapitals voraussetzt; also der Klasse in der Gesellschaft, die alles Interesse daran hat, dass die Nicht-KapitalbesitzerInnen auch wirklich lohnabhängig bleiben. Außerdem funktioniert das Kapital nur dann weiter, wenn die Renditen gesichert sind. Wenn aber nur noch wenige Menschen arbeiten – weil die anderen endlich begriffen haben, dass mensch doch aussteigen soll und kann – dann müssen diese umso länger arbeiten. In der Logik auch für immer weniger Geld.

Die Absurditäten ihres Modells sind seiner Anhängerschaft wahrscheinlich nur zum Teil bewusst. Bewusst ist ihr aber sehr wohl, dass mit diesem Modell ihre spezifische Nischensituation verändert werden könnte: entweder nicht arbeiten zu wollen und trotzdem gut ernährt zu werden, oder als KleinproduzentIn – DienstleisterIn, HändlerIn usw. – ein garantiertes Mindesteinkommen durch den bürgerlichen Staat verteilt zu bekommen.

Hier drückt sich nicht nur eine kleinbürgerliche, vollkommen kapitalistisch ausgerichtete Mentalität der Realitätsflucht und des angestrebten individuellen Ausstiegs aus der Lohnarbeit aus. Es ist auch zuhöchst unsolidarisch, weil es davon ausgeht, dass andere Deppen den gesamten gesellschaftlichen Reichtum in langen Arbeitszei-

ten schaffen und über den Staat so umverteilen lassen, dass auch die „Gegner der Arbeit“ noch auskömmlich leben können. Denn einen Arbeitszwang lehnen sie ab.

Dass wir die Zumutbarkeitsregelungen – Abschaffung des Berufsschutzes und alle anderen Unverschämtheiten namentlich aus dem „Optimierungsgesetz“ – ablehnen, kann nicht heißen, dass wir es gut finden, wenn jemand trotz ausreichender Angebote durch die Gesellschaft es vorzöge, keinen Beitrag zur Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums zu leisten, obwohl er/sie es könnte. Ein auskömmliches Einkommen zu beanspruchen, ohne die Bereitschaft, selbst dazu beizutragen, hat wenig mit Fortschrittlichkeit zu tun, mehr mit individueller Flucht. Das wird erst recht nicht dadurch besser, wenn es als Modell für die ganze Gesellschaft propagiert wird. Von den logischen Widersprüchen ganz zu schweigen.

Die Modelle der Rechten

Die rechten Verfechter dieses Konzepts machen viel deutlicher, worauf dieses Modell faktisch hinausläuft: Auf eine massive Förderung von Kombilöhnen! Da der Staat ja für das Auskommen sorgen wird, können die Löhne massiv gesenkt werden, und nicht nur im unteren Bereich. Die darüber liegenden Löhne und Gehälter würden unweigerlich mit heruntergezogen. Dazu Straubhaar, Leiter des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts: „...ich schlage vor, dass wir den Arbeitsmarkt... zum Markt mit auch geringen Löhnen machen, also viel Lohnspreizung in Kauf nehmen, Löhne die an Ort und Stelle [sprich ohne Gewerkschaften und ohne Tarifverträge] verhandelt werden.“ (*dradio* 5.4.2006; zitiert nach Rainer Roth, S. 17). Oder derselbe: „ich denke, dass die meisten Deutschen sich etwas dazuverdienen wollen und auch werden. Das wird dann nicht mehr mit einem faktischen Mindestlohn [darunter versteht er die heutigen Tariflöhne] wie heute geschehen, sondern mit tiefen Löhnen.“

Die Zielsetzung ist also sehr klar. Die linken VerfechterInnen des Konzepts kümmert das aber zumeist nicht groß, denn erstens wollen sie gar nicht arbeiten – ja sie sind stolz, den „Arbeitsethos“ abgestreift zu haben – und zweitens brauchen sie auch keinen kollektiven Kampf zur Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Entgelt- und Personalausgleich.

Von bürgerlicher und teilweise von linker Seite wird als Vorteil des BGE oder des Bürgergeldes die Legende vom Bürokratieabbau angeführt und dass damit die Lohnnebenkosten sinken, da ja weniger in die Sozialkassen zu zahlen ist. Dass damit real die Lohnkosten für das Kapital sinken und deren Profite sich damit erhöhen, scheint einige der linken VerfechterInnen des BGE nicht zu kümmern. Wohin das führen soll wird vor allem an dem CDU-Modell deutlich. Dies wird von Thüringens Ministerpräsident Althaus mit dem „solidarischen Bürgergeld“ vertreten und von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt:

Gezahlt werden sollen demnach 800 € bei 50 % Einkommenssteuer oder (nach einem anderen Modell:) 400 € bei 25 % Einkommenssteuer. Alle Sozialleistungen gehen im Bürgergeld auf. Es kann zwar Zuschläge für Bedürftige geben, aber die sind weder beziffert noch in den Bedingungen genauer definiert. Finanziert werden soll es über die Einkommenssteuer (50 % oder 25 %, s. o.), die mit dem Bürgergeld verrechnet wird. Zusätzlich soll eine Lohnsummensteuer bezahlt werden. Ganz wichtig aber: Nicht nur muss jeder selbst zusehen, wie er/sie für das Alter vorsorgt, um dann mehr zu haben als diese Grundversorgung. Der so genannte „Arbeitgeber“ zahlt auch nichts mehr in die Krankenversicherung ein. Hier kommt dann endlich die von der CDU gewünschte ungeschmälerte Kopfpauschale. D. h. jeder muss sich nach CDU-Berechnung mit einer „Gesundheitsprämie“ von 200 € selbst versichern. Von den o. g. 800 € sind also schon von vornherein mindestens 200 € abzuziehen.



Populärster Befürworter des BGE: Götz Werner, Besitzer einer Drogeriemarktkette.

Selbstverständlich gehen auch bei der FDP und bei Götz Werner alle Sozialleistungen im Grundeinkommen auf. Unter den bürgerlichen Verfechtern weckt vor allem Götz Werner viel Interesse, denn er schwadroniert von einem BGE von anfangs 900 und später 1500 € für jeden! Finanziert werden soll das über eine stufenweise Anhebung der Mehrwertsteuer auf 48% – er nennt es „Konsumsteuer“ – unter Abschaffung aller anderen Steuern⁵. Wen das vor allem trifft muss nicht diskutiert werden! Und wer davon in großen Mengen profitiert liegt ebenfalls auf der Hand: Unternehmen zahlen dann keine Steuern mehr. Ein gewaltiger Konkurrenzvorteil gegenüber im Ausland operierendem Kapital. Es gäbe außerdem keine Lohnnebenkosten mehr, insgesamt also eine gewaltige Quelle der Profitsteigerung.

Bei praktisch allen bürgerlichen Verfechtern des BGE oder des „Bürgergeldes“ kommt noch eine bedeutsame rassistische, mindestens nationalistische, Komponente hinzu: Die Modelle von CDU, Grünen und von Götz Werner sind nur auf „deutsche Staatsbürger“ zugeschnitten. Andere hier lebende Menschen gingen demnach leer aus. Da aber dann schon alle anderen Sozialleistungen bzw. Transferzahlungen abgeschafft sind, ist es nicht schwer auszumalen, wie dreckig es dann den hier lebenden Nicht-Deutschen gehen würde.

Mit BGE kein gemeinsamer Kampf

Das BGE kann zwar sehr wohl in Erwerbslosen-Kreisen noch weiteren Anklang finden, zumal dort die zunehmend unwürdigen Bedürftigkeitsprüfungen durch die Agenturen und die Überwachung durch die VerfolgungsmanagerInnen an den Nerven zehren. Der letzte Vorstoß der „Fünf Weisen“ Wirtschaftswissenschaftler zur Absenkung des ALG II unter die eh schon viel zu niedrigen aktuellen Regelsätze tut hier sein übriges. Fatal an dem Konzept des BGE ist aber, dass ein Keil zwischen Erwerbstätige und Erwerbslose getrieben wird. Wenn einem Stahlarbeiter erklärt werden soll, dass ein Erwerbsloser mit Familie mehr bekommen soll, als er für seine Maloche bekommt, kann daraus nie eine gemeinsame Front, ein gemeinsamer Kampf erwachsen!

Als Erklärungshintergrund für die Propagierung des in sich so wenig schlüssigen Konzepts sollten wir beachten⁶:

Die meisten linken VertreterInnen des BGE sind nicht nur auf einen individuellen Ausweg aus der Lohnarbeit aus. Sie lehnen es rundweg ab, die Teil-

⁵ Lohnsteuer, Einkommenssteuer, Kapitalertragssteuer, Vermögenssteuer.

⁶ Das hat R. Roth nicht ausreichend herausgearbeitet.

12 Solidarität statt Spaltung

KRITIK AM BGE

lung der Gesellschaft in antagonistische Klassen als Ausgangspunkt aller Überlegungen zu machen. Wer die Klassengesellschaft zu einem sekundären Merkmal macht und statt dessen die „Arbeitsgesellschaft“ als den Kern des Übels betrachtet, der wird naturwüchsig keinen Zugang zu den Erwerbstätigen finden, die sich in dieser Gesellschaft abrackern müssen, um ihren Lebensstandard zu halten und wird keinen gangbaren Weg für einen gemeinsamen Kampf vorschlagen können. Wir reden damit nicht einer Fortschreibung oder gar Idealisierung der Lohnarbeit das Wort. Im Gegenteil, nur durch den Schulterchluss der Erwerbslosen und Erwerbstätigen kann der Mensch die Fesseln der Lohnarbeit abstreifen und der menschlichen Arbeit endlich einen selbstbestimmten und selbstverwirklichenden Charakter verleihen.

Schlussfolgerungen

Da das Kapital kein Interesse an der Ausschaltung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen hat, ist es vollkommen undenkbar, dass es eine gesell-

schaftliche Lösung akzeptieren würde, nach der allen Menschen eine zufrieden stellende Grundversicherung zuteil wird, die es ihnen erlaubt, ohne Arbeit am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Die linken BefürworterInnen des BGE kümmern sich nicht darum, wie und wer die Werte schaffen soll, die es den Nichtarbeitenden ermöglichen, ausreichend gut zu leben. Dann müssten die übrig bleibenden „bekloppten“ Anhänger der „Arbeitsgesellschaft“ so extrem lange arbeiten, dass auch 24 Stunden am Tag nicht reichen würden.

Den Reichtum beim Kapital zu holen, also mindestens die Profite anzugreifen, steht ausdrücklich nicht auf dem Programm der Verfechter des BGE, auch nicht bei den Linken. Schließlich wollen sie mit ihren Modellrechnungen nachweisen, dass das BGE „finanzierbar ist“ und sie wollen auch das Kapital davon überzeugen, dass dies eine gute Lösung sei.

Von Seiten der Rechten zielt das BGE ganz eindeutig auf die flächendeckende Einführung des Kombilohns und die Zerschlagung der Sozialsysteme. Götz Werner spricht offen aus, welche Zukunft er dann für die Gewerkschaften sähe: Sie wären dann

„überflüssig“, denn keiner müsse ja mehr seine Arbeitskraft verkaufen.



Unser Ziel: Gewerkschaften so stark wie Elefanten – das BGE erreicht genau das Gegenteil.

Go get organized !

Bitte senden an:

**RSB/IV.Internationale, Postfach 102610
68026 Mannheim**

Ich möchte:

- ein kostenloses Info-Paket bestellen.
- ein persönliches Gespräch mit dem RSB in meiner Nähe.
- ein Abo der Avanti bestellen für:
 - 3 Ausgaben (kostenlos)
 - halbes Jahr (13 Euro)
 - ganzes Jahr (25 Euro)
 - Förderabo über _____ Euro (mind. 30 Euro)
- ABO|to go. bei der Ortsgruppe _____ (1 Jahr, 10 Euro)
- monatlich _____ Euro an den RSB spenden.

Vorname, Name

Straße, Nummer

Postleitzahl, Ort

Datum, Unterschrift

Ich überweise das Geld (Vorkasse) auf das Konto: **Avanti, 544 904 901, Volksbank Hameln, BLZ 254 621 60** Verwendungszweck nicht vergessen!



Welches Programm?

Die Spaltung überwinden – Verteilung der Arbeit auf alle Hände!

Die größte Plage, die heute die Lebenssituation der Lohnabhängigen entscheidend prägt, ist die Massenerwerbslosigkeit. Alle anderen Übel, die sich zwangsläufig aus der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ergeben – mangelnde soziale Sicherungssysteme, Billiglöhne usw. – sind in ihrem Ausmaß nur vor diesem Hintergrund erklärbar bzw. durchsetzbar. Deswegen muss jedes Programm zur Sicherung oder Besserung des Lebensstandards an

der Massenerwerbslosigkeit ansetzen und eine Perspektive für einen erfolgreichen Kampf gegen dieses Grundübel des Kapitalismus weisen.

Wir sehen nicht ein, dass die einen Menschen unter wachsendem Stress leiden und ihre Arbeit immer mehr verdichtet wird, während andere nicht wissen, wie sie materiell über die Runden kommen sollen. Diese Situation wird von den Herrschenden systematisch genutzt, um die Erwerbslosen zu Lohndrückertätigkeiten heranzuziehen. Diese Spaltung kann nur überwunden werden, wenn es einen gemeinsamen Kampf der

r Arbeit

Arbeitszeit nur Rückzugsgefechte geführt, ohne erkennbaren Willen, wenigstens die bestehenden Arbeitszeiten ernsthaft zu verteidigen. Die inzwischen deutlich verlängerten Arbeitszeiten vor allem im Öffentlichen Dienst haben heute schon erkennbar zu noch mehr Stellenstreichungen geführt.

Für einen neuen Anlauf im Kampf für eine generelle Arbeitszeitverkürzung braucht es eine völlige Neuorientierung der Gewerkschaftspolitik. Es muss in das Bewusstsein der Mitglieder und der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionäre eindringen, dass das allgemeine gesellschaftliche Kräfteverhältnis nur dann zu Gunsten der Lohnabhängigen und Bedürftigen geändert werden kann, wenn wir in der Frage der Massenerwerbslosigkeit wieder in die politische Offensive kommen. Dazu muss in den Reihen der Gewerkschaften – und der KollegInnen insgesamt – eine intensive Debatte über den notwendigen Kampf zur Verkürzung der Arbeitszeit entstehen.

Erwerbstätigen und der Erwerbslosen gibt, und zwar für die Verteilung der Arbeit auf alle Hände und ohne Einkommensverluste für diejenigen, die heute Arbeit haben.

Statt also die einen auf Null Stunden mit wenig bis gar keiner materiellen Absicherung zu setzen und andere 40 oder 50 Stunden in der Woche zur Arbeit zu zwingen, brauchen wir eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich in großen Schritten. So lange bis alle Arbeit haben. Die gleitende Skala der Arbeitszeit ist angesagt.

Seit dem erneuten Entstehen der Massenerwerbslosigkeit – also mindestens seit Anfang der 1970er Jahre – müsste dies die strategische Orientierung der Gewerkschaften sein. Stattdessen wurden in den letzten Jahren in Sachen

Dies sollte unbedingt begleitet werden von einer entsprechend breiten und langfristig angelegten Kampagne in den Reihen der sozialen Bewegung, speziell unter den Erwerbslosen, um von zwei Seiten aus das gleiche Ziel zu verfolgen. Eine enge Verzahnung hätte große Vorteile: Sie würde das gegenseitige Verständnis und eine politische Befruchtung bewirken und könnte mit gemeinsamen Aktionen viel leichter die breite Öffentlichkeit überzeugen, damit wir insgesamt in die gesellschaftliche und politische Offensive kommen. Die breite Sympathie der Öffentlichkeit für den Kampf der Telekom-Beschäftigten gegen die Arbeitszeitverlängerung im Frühjahr 2007 zeigt, dass die Menschen sehr wohl begreifen, was hier abgeht. Leider hat auch hier die Gewerkschaftsbürokratie völlig versagt und eine weitere Arbeitszeitverlängerung akzeptiert. Statt dessen stehen im ausgehenden Jahr 2007 die LokführerInnen und die Gewerkschaft GDL im Zentrum

16 Solidarität statt Spaltung

WELCHES PROGRAMM?

der Klassauseinandersetzung um kürzere Arbeitszeiten und den Stop von Dumpinglöhnen.

Zum Kampf gegen die Massenerwerbslosigkeit gehört die eiserne Verteidigung der bestehenden Arbeitsplätze. Wir machen uns deswegen stark für eine breite Bewegung zum Verbot von Massenentlassungen. Dabei appellieren wir nicht an den „Gesetzgeber“, sondern wollen dazu beitragen, dass ein großer öffentlicher Druck entsteht, der weitere Massenentlassungen verhindert oder zumindest eindämmt. Dieses Verbot fordern wir nicht nur für Betriebe, die Gewinne machen – hier sollte selbstverständlich ein besonders heftiger Aufschrei durch die Gesellschaft gehen – sondern auch für defizitäre Betriebe. Wenn die Arbeitsplätze nicht „Gewinn bringend“ zu halten sind, dann darf das nicht auf dem Rücken der betroffenen Lohnabhängigen ausgetragen werden. Die Gesellschaft als Ganzes ist dann gefordert: Wenn die „defizitäre“ Produktion oder Dienstleistung gesellschaftlich sinnvoll ist, dann muss sie auch ohne den Kapitalisten fortgeführt und gegebenenfalls dieser Betrieb staatlich bezuschusst werden. Dass Arbeiterinnen und Arbeiter auch ohne Kapitalisten die Produktion fortführen können, haben unlängst die Kolleginnen und Kollegen von Bike Systems in Thüringen bewiesen. Als Alternative müssen – staatlich organisiert – den Betroffenen andere Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden, und zwar ohne Einkommensverluste und ohne, dass diese Menschen umziehen müssen oder sonstige Nachteile erleiden. Gerade in solchen Fällen sollte dann auch verstärkt auf die Einrichtung sinnvoller Arbeit geachtet werden. Eine selbstbestimmte Arbeit werden wir allerdings unter kapitalistischen Verhältnissen nicht durchsetzen können.

Gegen Armut und Ausgrenzung

Die Art und Weise, wie heute den Erwerbslosen indirekt die Schuld für ihre Situation aufgebürdet werden soll, ist für sich genommen schon ein

gesellschaftlicher Skandal. Deswegen treten wir nicht nur für eine materielle Absicherung ein, sondern wenden uns gegen alle Schnüffelpraktiken und unwürdigen Bedürftigkeitsprüfungen. Wer bedürftig ist, muss sich ausreichend aus den Einträgen der Lohnsteuerkarte bzw. der Einkommenssteuererklärung ergeben. Sparkonten, Lebensversicherungen, selbst genutzte Eigentumswohnungen und dergleichen müssen für die Berechnung von Transferzahlungen völlig tabu sein. Wir fordern nicht nur die Offenlegung aller Konten und Geschäftsbücher, besonders bei Betriebsschließungen und Verlagerungen! Wir fordern auch die Enteignung der Unternehmen, die Arbeitsplätze vernichten!

Wir fordern eine Abschaffung der Zumutbarkeitsregelungen sowie die Wiederherstellung des Berufsschutzes. Und: Striktes Verbot jeglichen Arbeitszwangs für Erwerbslose!

Wir rufen dazu auf, die Einrichtung der 1-Euro-Jobs zu bekämpfen. Die Ausnutzung dieser und anderer Lohndrückertätigkeiten gerade im Bereich der Pflege, kommunaler Dienstleistungen usw. muss öffentlich angeprangert werden. Dies richtet sich natürlich nicht gegen die Betroffenen, die aufgrund ihrer extremen Not oft zu jeder Tätigkeit bereit sind, die ihnen das Überleben erleichtert.

Deswegen ist der unmittelbare Dreh- und Angelpunkt für die materielle Sicherung der Betroffenen die sofortige Anhebung des Eckregelsatzes auf 700 Euro plus Unterkunfts-kosten und Heizung. Ebenso die Wiederherstellung der aus dem Regelsatz abgeleiteten alten Prozentsätze für Kinder, also bei den 7 bis 14-Jährigen wieder 65 % (heute 60 %) und bei den 15 bis 18-Jährigen wieder 90 % (heute 80 %). Der Eckregelsatz muss jährlich an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Ergänzend fordern wir, wieder Zahlungen für „besondere Lebenslagen“ zu leisten. Einführung



Es reicht nicht: Eine steigende Zahl von Menschen sind auf Lebensmittelspenden angewiesen.

einer Mindestrente von 1000,- € netto pro Person und Abschaffung der Rente mit 67!

Gleiche Rechte für alle – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Nicht nur die Erwerbslosen drücken auf die Löhne, auch diejenigen, die auf dem zweiten oder dritten Arbeitsmarkt eingesetzt werden und werden sollen. Dazu gehören heute in wachsender Zahl vor allem die LeiharbeiterInnen. Waren es im Jahr 2000 noch 300.000 LeiharbeiterInnen, so sind es heute mehr als 600.000. Für 2007 wird mit einem Zuwachs von 20 % gerechnet. Viele dieser Menschen, ca. 150.000, müssen einen Zweitjob annehmen, weil sie mit 7,30 € oder 8 € – in dieser Spanne bewegen sich mehr als Dreiviertel aller Verdienste von LeiharbeiterInnen – kein auskömmliches Einkommen erzielen können. LeiharbeiterInnen sind oft mit ständig wechselnden Anforderungen konfrontiert. Selbst wenn sie län-

ger in einem Betrieb arbeiten, sind sie weitgehend rechtlos und dürfen sich nichts trauen, denn sie können umstandslos fortgeschickt werden.

Es gibt überhaupt keinen Grund für die Existenz dieser prekären Beschäftigungsverhältnisse, auch nicht für befristete Arbeitsverhältnisse! Die Unternehmen müssen gezwungen werden, ausreichend Personal vorzuhalten und nicht bei jeder längeren Krankmeldung oder für jeden Kollegen, der seinen Urlaub nimmt, gerade mal schnell eineN LeiharbeiterIn zu holen. In vielen Betrieben gehört es inzwischen zur festen Einrichtung, dass das Stammpersonal systematisch runter gefahren wird und LeiharbeiterInnen zum Teil über Jahre neben den anderen KollegInnen arbeiten. Nur eben für bedeutend weniger Geld und mit weniger Rechten ausgestattet. In beiden Fällen sind zu allererst die Betriebsräte gefordert, Leiharbeitsverhältnisse grundsätzlich abzulehnen und zwar mit der Begründung, dass sie dem

18 Solidarität statt Spaltung

WELCHES PROGRAMM?

Grundsatz des gleichen Lohns für gleiche Arbeit widersprechen. Nur so können reguläre Einstellungen erzwungen werden.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist übrigens auch im Verhältnis Frauenlöhne zu Männerlöhnen nicht hergestellt. Hier ist seit Jahrzehnten kein Fortschritt zu verzeichnen, ja in bestimmten Bereichen vergrößert sich sogar die Kluft.

Dreh- und Angelpunkt im Kampf gegen Billiglöhne bleibt die Kernforderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 12 € in der Stunde für alle Branchen und Tätigkeiten. Verdi, NGG und IG BAU hatten noch im Jahr 2000 einen Mindestlohn von 3000.- DM gefordert, was etwa 10 € entspricht. Heute fordern sie nur noch 7,50 €, die Linkspartei nur 8,44 €. 10 € bedeuten heute bei einer 38,5 Stundenwoche 1670 €/Monat. Das entspricht – je nach Steuerklasse – etwa 1100 bis 1200 € netto.

Auch der Mindestlohn muss jährlich an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Parallel dazu müssen wir in Betrieb und Gewerkschaft für kräftige Lohnsteigerungen kämpfen. Die letzten Tarifrunden sind ein Lehrbeispiel, wie in der Hochkonjunktur beste Chancen für das Durchsetzen der berechtigten Interessen der Lohnabhängigen verspielt wurden. Das liegt vor allem daran, dass die Gewerkschaften fest im Griff des bürokratischen Apparats sind und von der Basis zu wenig Druck ausgeübt wird, um die Dinge in die eigenen Hände zu nehmen.

Die letzten Jahre haben ein deutliches Auseinanderdriften von Profiten und Löhnen gebracht. Die Nettoeinkommen sind gefallen⁷ und die Gewinne sind gestiegen. Wir schlagen deswegen vor, dass eine breite Bewegung für eine generelle Anhebung der Löhne und Gehälter um 300 Euro entwickelt wird.

Eine andere Gesellschaft ist möglich!

Wir meinen, dass die Menschen darüber bestimmen müssen, wie sie arbeiten und wie sie leben wollen, wie sie produzieren und was sie produzieren. Heute ist das ganze Leben der Menschen – ihr Arbeitsinhalt, ihre Arbeitsweise, ihre Einkünfte und ihre materielle Unsicherheit – dem Diktat des Kapitals unterworfen. Sich davon zu befreien erfordert nicht nur die Vision einer anderen Gesellschaftsordnung, es erfordert auch den Ausbau der Solidarität hier und heute, um im gemeinsamen Kampf das einzuüben, was künftig den Umgang mit den Mitmenschen prägen soll: Gemeinsamkeit statt Konkurrenz, ökonomische und ökologische Vernunft statt irrationaler Verschwendung und Zerstörung menschlicher und natürlicher Ressourcen und Vernichtung der menschlichen Lebensgrundlagen.

Eine andere Gesellschaft muss die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellen. Dies kann nur geschehen, wenn unter voll entfalteter Demokratie die Menschen gemeinsam planen und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen der Vergangenheit angehören lassen. Die Spaltung der Gesellschaft – in arm und reich, in deutsche und ausländische, usw. – überwinden, ist die Voraussetzung, um die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit für alle zu ermöglichen und damit die Gesellschaft insgesamt zu bereichern.

Wir wollen nicht auf den Sankt Nimmerleinstag warten: Änderungen sofort!

Unsere Forderungen:

12 / 30 / 700 / 1500!

- Wir wollen einen allgemein verbindlichen Mindestlohn von wenigstens 12 €/Stunde, gekoppelt an die Steigerung der Lebenshaltungskosten!

- Für die sofortige Einführung der 30-h-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Wir setzen uns ein für eine Grundsicherung von 700 € plus Warmmiete.
- Für 1500 € brutto Mindesteinkommen für alle vollzeit Erwerbstätigen.

Schluss mit allen Schikanen gegenüber Erwerbslosen!

- Keine Bedürftigkeitsprüfungen mehr
- Weg mit den 1-€-Jobs
- Kein Arbeitszwang für Erwerbslose
- Weg mit den Zumutbarkeitsregelungen und Wiederherstellung des Berufsschutzes

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

- Weg mit allen Befristungen von Beschäftigungsverhältnissen

- Verbot von Leiharbeit
- Für **kräftige Lohnsteigerungen. Anhebung aller Löhne und Gehälter** um 300 €
- Anhebung der Renten auf ein Mindestniveau von 1000 € netto. Weg mit der Rente mit 67!
- Absenkung des Rentenalters auf 60 Jahre ohne Abschläge
- Verbot von Massentlassungen

Weg mit Hartz IV und Agenda 2010!

Für den Aufbau einer breiten Widerstandsfront gegen Hungerlöhne und Armut!

⁷ Siehe die „Düsseldorfer Tabelle“, nach der die Unterhaltszahlungen für Kinder abgesenkt werden, weil die Nettolohnentwicklung 2006 rückläufig war.

RSB/IV.Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet.

Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter.

Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Aus den Reihen der Erwerbsloseninitiativen wird seit einigen Jahren verstärkt die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) erhoben. Diese Losung stößt ganz spontan bei vielen Erwerbslosen auf große Sympathie. Die durch Hartz IV verschärfte Ausgrenzung aus der Gesellschaft und die damit einhergehende Bespitzelung und Bevormundung durch ARGEN und Jobcenter speisen diese Sympathien. Dies ist in unseren Augen Ausdruck einer politisch verfahrenen Situation. Es wird nicht dadurch besser, dass die entschiedensten linken VerfechterInnen des BGE mit seiner Einführung die Perspektive der Überwindung der Lohnarbeit verbinden. Wir halten diese Losung für eine absolute Sackgasse; ja einen gefährlichen Irrweg.

Preis: 2 Euro
ermäßigt 1 Euro